



**Beschlusskammer 8**

Aktenzeichen: BK8-16/0843-79

## **Beschluss**

In dem Verwaltungsverfahren

nach § 26 Abs. 2, § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG

wegen **Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährliehen Erlösobergrenze**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

auf übereinstimmenden Antrag der

Netze BW GmbH, Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

**- abgebender Netzbetreiber -**

und der

Stadtwerke Wertheim GmbH, Mühlenstraße 60, 97877 Wertheim, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

**- aufnehmender Netzbetreiber -**

durch die Vorsitzende Gerlinde Schmitt-Kanthak,  
den Beisitzer Rainer Bender  
und den Beisitzer Wolfgang Wetzl,

am 17.03.2017 beschlossen:

1. Die unter dem Aktenzeichen BK8-12/0843-11 mit Beschluss vom 13.01.2016 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die in **Anlage 1** genannten Beträge vermindert.
2. Die unter dem Aktenzeichen BK8-12/0806-11 mit Beschluss vom 22.07.2014 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die in **Anlage 1** genannten Beträge erhöht.
3. Hinsichtlich der Kosten ergeht eine gesonderte Entscheidung.

## **Gründe**

### **I.**

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers wurden durch die Bundesnetzagentur erstmals mit Beschluss vom 13.01.2016, unter dem Aktenzeichen BK8-12/0843-11, festgelegt.

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers wurden durch die Bundesnetzagentur erstmals mit Beschluss vom 22.07.2014, unter dem Aktenzeichen BK8-12/0806-11, festgelegt.

Der abgebende Netzbetreiber übertrug das Netzgebiet der Stadt Freudenberg mit Wirkung zum 01.01.2013 an den aufnehmenden Netzbetreiber. Die Festlegung des übergewandten Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode wurde mit Schreiben vom 10.08.2016 durch die beteiligten Netzbetreiber gemäß § 26 Abs. 2 S. 1 ARegV beantragt.

Die Beschlusskammer hat daraufhin ein Verfahren zur Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze nach § 26 Abs. 2 i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10, § 4 ARegV und § 29 Abs. 1 EnWG eingeleitet. Die Landesregulierungsbehörde, in deren Gebiet der abgebende und der aufnehmende Netzbetreiber ihren Sitz haben, wurde gemäß § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert.

Die Beschlusskammer hat den beteiligten Netzbetreibern unter anderem mit Schreiben vom 17.11.2016 gemäß § 67 Abs. 1 EnWG Gelegenheit gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern. Die beteiligten Netzbetreiber haben unter anderem mit Schreiben vom 24.11.2016 Stellung genommen.

Das Bundeskartellamt und die Landesregulierungsbehörde, in deren Bundesland der Sitz des abgebenden oder aufnehmenden Netzbetreibers belegen ist, wurden gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG beteiligt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

## II.

Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze erfolgt auf Grundlage des § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 und § 4 ARegV.

### 1. **Zuständigkeit**

Gemäß § 54 Abs. 2 S. 5 EnWG ist stets diejenige Regulierungsbehörde für die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze nach § 26 Abs. 2 ARegV zuständig, welche die kalenderjährliche Erlösobergrenze des abgebenden Netzbetreibers ursprünglich festgelegt hat (BGH EnVR 18/14, Rz. 23; BR Drs. 296/16 S. 44).

Die Bundesnetzagentur hat die ursprüngliche Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV erlassen. Die Bundesnetzagentur ist daher gemäß § 54

Abs. 1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG.

## **2. Ermächtigungsgrundlage**

Die Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze erfolgt durch Festlegung nach § 26 Abs. 2 ARegV i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 10 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

## **3. Bestimmung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze**

Für die beteiligten Netzbetreiber werden die sich aus **Anlage 1** ergebenden übergehenden Anteile der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode festgelegt.

Die mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 13.01.2016 unter dem Aktenzeichen BK8-12/0843-11 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des abgebenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die Beträge in **Anlage 1** vermindert. Die mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 22.07.2014 unter dem Aktenzeichen BK8-12/0806-11 ursprünglich festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufnehmenden Netzbetreibers werden für den Zeitraum der zweiten Regulierungsperiode jeweils um die Beträge in **Anlage 1** erhöht.

Die Festlegung des übergehenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze nach § 26 Abs. 2 ARegV erfolgt aufgrund des übereinstimmenden Antrages der beteiligten Netzbetreiber. Die Beschlusskammer hat gemäß § 26 Abs. 2 S. 6 ARegV überprüft, ob die Summe beider Erlösobergrenzenanteile die für das abgebende Netz insgesamt festgelegte Erlösobergrenze nicht überschreitet.

Die zugrunde liegende Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 2 ARegV ist in **Anlage 2** dargestellt. Das Sachanlagevermögen zu Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils wird in **Anlage 3** ausgewiesen. Die Strukturparameter und die für die Fortschreibung der FSV Verlus-

tenergie bzw. Festlegung volatiler Kostenanteile relevanten Verlustenergiedaten des übergehenden Netzteils werden in **Anlage 4** dargestellt. Vom Netzbetreiber gem. § 4 Abs. 3 ARegV vorzunehmende Anpassungen bleiben jedoch unberührt. Der abschließenden Bestimmung des Regulierungskontosaldos werden sodann die vom Netzbetreiber angepassten und durch die Beschlusskammer geprüften Erlösobergrenzen zu Grunde gelegt.

#### **4. Übertragung von Erweiterungsfaktor und Qualitätselement**

Die beteiligten Netzbetreiber haben keinen Antrag gestellt, Beträge aus einem genehmigten Erweiterungsfaktor oder einem Qualitätselement zu übertragen.

### **III.**

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

### **IV.**

Die beigefügten **Anlagen 1 bis 4** sind Bestandteil dieses Beschlusses.

- |                 |   |
|-----------------|---|
| <b>Anlage 1</b> | enthält den übergehenden Anteil der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für alle Jahre der Regulierungsperiode, in Euro.   |
| <b>Anlage 2</b> | weist die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV des übergehenden Netzteils für die ersten beiden Kalenderjahre nach dem Netzübergang in Euro aus.                            |
| <b>Anlage 3</b> | enthält das Sachanlagevermögen zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten des übergehenden Netzteils, in Euro.  |
| <b>Anlage 4</b> | dokumentiert die Strukturparameter und relevanten Daten für die Anpassung der Verlustenergiekosten im Rahmen der FSV Verlustenergie bzw. der Festlegung volatiler Kostenanteile des übergehenden Netzteils. |

Etwaige Anpassungen der festgelegten kalenderjährlichen Erlösbergrenzen bleiben unberührt.

### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerveschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzende



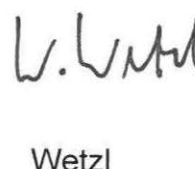
Schmitt-Kanthak

Beisitzer



Bender

Beisitzer



Wetzl

### Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Zusammensetzung des Erlosobergrenzenanteils des übergelenden Netzteils												
Jahr	Erlosobergrenzenanteil [EUR]	dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	vorubergelend nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	nicht abgebaute beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	Kostenanteile aus dem Verbraucherpreisgesamtindex nach § 6 Abs. 1 ARegV [EUR]	Kostenanteile aus dem allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV [EUR]	Erweiterungsfaktor (inkl. VPI abzgl. PF) [EUR]	Qualitäts-element [EUR]	Volatile Kostenanteile [EUR]	Saldo des Regulierungskontos [EUR]	Härtefall [EUR]	Sonstiges [EUR]
2014	348.537	51.000	280.892	15.286	5.802	-4.443	0	0	0	0	0	0
2015	293.829	0	280.892	11.465	10.308	-8.836	0	0	0	0	0	0
2016	288.072	0	280.892	7.643	12.717	-13.180	0	0	0	0	0	0
2017	280.628	0	280.892	3.822	13.385	-17.471	0	0	0	0	0	0
2018	273.217	0	280.892	0	14.033	-21.708	0	0	0	0	0	0

Jahr	VPI	PF
2013	102,10	
2014	104,10	0,0150
2015	105,70	0,0302
2016	106,60	0,0457
2017	106,90	0,0614
2018	107,20	0,0773

### Festlegung des übergelassenen Anteils der kalenderjährlichen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

Dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile des übergelassenen Netzteils			
ARegV § 11 Abs. 2	Bezeichnung	erlösobergrenzenwirksam vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 (Istwerte vom 01.01.2012 bis 31.12.2012)	
		Kosten [EUR]	Erlöse [EUR]
Nr. 1	Gesetzliche Abnahme- und Vergütungspflichten	6.569	6.569
Nr. 2	Konzessionsabgaben	0	0
Nr. 3	Betriebssteuern	754	0
Nr. 4	Erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen		
Nr. 5	Nachrüstung von Wechselrichtern nach § 10 Absatz 1 der Systemstabilitätsverordnung		
Nr. 6	Kapitalkosten aus genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV		
Nr. 6a	Auflösung des Abzugsbetrags nach § 23 Absatz 2a ARegV	0	0
Nr. 7	Mehrkosten für die Errichtung, den Betrieb und die Änderung von Erdkabeln	0	0
Nr. 8	Vergütungen für dezentrale Einspeisungen nach § 18 StromNEV		
Nr. 8b	Zahlungen an Städte oder Gemeinden nach Maßgabe von § 5 Absatz 4 StromNEV	0	0
Nr. 9	Betrieb. und tarifvertrag. Vereinbar. zu Lohnzusatz- und Versorgungsleist. (Abschl. vor 31.12.08)	62.878	0
Nr. 10	Betriebs- und Personalratstätigkeit	1.693	0
Nr. 11	Berufsausbildung, Weiterbildung, Betriebskindertagesstätten	11.408	0
Nr. 12	(zur Zeit nicht belegt)	0	0
Nr. 12a	Forschung und Entwicklung nach Maßgabe des § 25a ARegV	0	0
Nr. 13	Auflösung von BKZ / Netzanschlusskostenbeiträgen in Verbindung mit der StromNEV		25.733
Nr. 14	Kosten und Erlöse aus dem bundesweiten Ausgleichsmechanismus nach § 2 Abs. 4 des EnLAG	0	0
Nr. 15	finanzieller Ausgleich nach § 17d Abs. 4 EnWG	0	0
Satz 2, Nr. 1	Kompensationszahlungen im Rahmen des Ausgleichsmechanismus nach Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003	0	0
Satz 2, Nr. 2	Erlöse aus dem Engpassmanagement nach Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003	0	0
Satz 2, Nr. 3	Kosten für die Beschaffung der Energie zur Erbringung von Ausgleichsleistungen, einschließlich der Kosten für die lastseitige Beschaffung	0	0
Satz 2, Sonstige	Kosten oder Erlöse aus Maßnahmen eines Betreibers von Stromversorgungsnetzen, die einer wirksamen Verfahrensregulierung unterliegen	0	0
Satz 4	Kosten oder Erlöse aufgrund einer freiwilligen Selbstverpflichtung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4 ARegV	0	0
	<b>Summe:</b>	<b>83.302</b>	<b>32.302</b>
	<b>Gesamt:</b>	<b>51.000</b>	

## Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährlchen Erlösbergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

<b>Sachanlagevermögen (historische Anschaffungs- und Herstellungskosten) des übergelenden Netzteils</b>		
Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
<b>Kabel Mittelspannungsnetz</b>		
2006	40	
1999	40	
1995	40	
1994	40	
1993	40	
1992	40	
1991	40	
1990	40	
1986	40	
1985	40	
1981	40	
1979	40	
1978	40	
1973	40	
1972	40	
1969	40	
1964	40	
1963	40	
1962	40	
1959	40	
1951	40	
Summe		486.632
<b>Kabel 1 kV</b>		
2012	40	
2011	40	
2010	40	
2009	40	
2008	40	
2007	40	
2006	40	
2005	40	
2004	40	
2003	40	
2002	40	
2001	40	
2000	40	
1999	40	
1998	40	

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1997	40	
1996	40	
1995	40	
1994	40	
1993	40	
1992	40	
1991	40	
1990	40	
1989	40	
1988	40	
1987	40	
1986	40	
1985	40	
1984	40	
1983	40	
1982	40	
1981	40	
1980	40	
1979	40	
1978	40	
1977	40	
1976	40	
1975	40	
1974	40	
1973	40	
1972	40	
1971	40	
1970	40	
1968	40	
1966	40	
1964	40	
Summe		1.678.513
<b>Freileitungen Mittelspannungsnetz</b>		
1973	30	
1972	30	
1971	30	
Summe		52.424
<b>Freileitungen 1 kV</b>		
2012	30	
2010	30	
2008	30	
2007	30	
2006	30	
2005	30	
2003	30	

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
2001	30	
2000	30	
1999	30	
1998	30	
1997	30	
1996	30	
1995	30	
1994	30	
1993	30	
1992	30	
1991	30	
1990	30	
1989	30	
1988	30	
1987	30	
1986	30	
1985	30	
1984	30	
1983	30	
1982	30	
1981	30	
1980	30	
1979	30	
1978	30	
1977	30	
1976	30	
1975	30	
1974	30	
1973	30	
1972	30	
1971	30	
1970	30	
1969	30	
1968	30	
1967	30	
1966	30	
1965	30	
1964	30	
1963	30	
1962	30	
1961	30	
1960	30	
1959	30	
1958	30	
1957	30	

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1956	30	
1955	30	
1954	30	
1953	30	
1952	30	
1951	30	
1950	30	
1922	30	
Summe		406.294
<b>Hauptverteilerstationen</b>		
1985	25	
1981	25	
1973	25	
Summe		8.377
<b>Ortsnetzstationen</b>		
2007	30	
2006	30	
2003	30	
1999	30	
1998	30	
1997	30	
1996	30	
1995	30	
1994	30	
1993	30	
1992	30	
1991	30	
1990	30	
1989	30	
1988	30	
1987	30	
1986	30	
1985	30	
1983	30	
1982	30	
1979	30	
1978	30	
1977	30	
1976	30	
1975	30	
1974	30	
1973	30	
1972	30	
1971	30	
1969	30	

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
1967	30	
1965	30	
1964	30	
1962	30	
1960	30	
1959	30	
1956	30	
1955	30	
1941	30	
1936	30	
1921	30	
1920	30	
Summe		492.165
<b>Rundsteuer-, Fernsteuer-, Fernmelde-, Fernmess-, Automatenanlagen, Strom- und Spannungswandler, Netzschutzeinrichtungen</b>		
2010	25	
2009	25	
2007	25	
2006	25	
2005	25	
2002	25	
1999	25	
1998	25	
1996	25	
1993	25	
1992	25	
1991	25	
1989	25	
1986	25	
1985	25	
1984	25	
1983	25	
1978	25	
1977	25	
1973	25	
Summe		7.541
<b>Zähler, Messeinrichtungen, Uhren, TFR-Empfänger</b>		
2012	20	
2011	20	
2010	20	
2009	20	
2008	20	
2007	20	
2006	20	
2005	20	

Jahr	Nutzungsdauer	AK/HK [EUR]
2004	20	
2003	20	
2002	20	
2001	20	
2000	20	
1999	20	
1998	20	
1997	20	
1996	20	
1995	20	
1994	20	
1993	20	
1992	20	
1991	20	
1990	20	
1989	20	
1988	20	
1987	20	
1986	20	
1985	20	
1984	20	
1983	20	
1982	20	
1981	20	
1980	20	
1979	20	
1978	20	
1977	20	
1976	20	
1975	20	
1974	20	
1973	20	
1972	20	
1971	20	
1970	20	
1969	20	
1968	20	
1967	20	
1966	20	
1963	20	
1949	20	
Summe		194.316
<b>Summe Insgesamt</b>		<b>3.326.262</b>

### Festlegung des übergelenden Anteils der kalenderjährlchen Erlösobergrenze gem. § 26 Abs. 2 ARegV

<b>Strukturparameter und Verlustenergie des übergelenden Netzteils</b>		
<b>Strukturparameter</b>	<b>Einheit</b>	<b>Wert</b>
Versorgte Fläche (NS)	km <sup>2</sup>	2,79
Geographische Fläche (MS)	km <sup>2</sup>	34,78
Anschlusspunkte (NS)	Anzahl	1.344
Anschlusspunkte (MS)	Anzahl	76
Einspeisepunkte (NS)	Anzahl	70
Einspeisepunkte (NS), die auch Anschlusspunkte sind	Anzahl	66
Einspeisepunkte (MS)	Anzahl	1
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (MS/NS)	kW	3.368
Zeitgleiche Jahreshöchstlast (HS/MS)	kW	0
<b>Verlustenergie</b>	<b>Einheit</b>	<b>Wert</b>
Kosten in der Ausgangsbasis der 2. Regulierungsperiode	EUR	21.894
Den Kosten zu Grunde liegende Menge	kWh	405.436
Verfahrensart des abgebenden Netzbetreibers	Freiwillige Selbstverpflichtung	